



**Stadt
Luzern**
Grosser Stadtrat

Motion Nr. 115 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 12. Oktober 2010

Fit für die 6000-Watt-Gesellschaft – Verfügbarkeit elektrischer Energie sicherstellen

Der Wohlstand und das wirtschaftliche Gedeihen einer Volkswirtschaft sind stark abhängig von der Verfügbarkeit von Energie.

Bei den fossilen Energiequellen ist die Schweiz (und somit auch die Stadt Luzern) zu 100 Prozent abhängig von Auslandimporten. Mit Bezug auf die globale sich anbahnende Verknappung des Erdöls, aber auch aus ökologischen Gründen (CO₂-Ausstoss) ist zu Recht davon auszugehen, dass dieser Energieträger mittel- oder langfristig an Bedeutung verlieren bzw. durch andere Energiequellen wie Elektrizität ersetzt wird.

Die Bedeutung der Elektrizität wird deshalb in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten markant zunehmen. So plant z. B. der Kanton Luzern Elektroautos von der Fahrzeugsteuer zu befreien; aus der Politik wurde bereits leise die Forderung geäussert, den Kauf von Elektroautos zu subventionieren. Der weiter gehende Trend hin zur Multimedia-Gesellschaft wird auch die Nachfrage nach Elektrizität ansteigen lassen. Auch der stetige Ausbau des Angebotes im öffentlichen Verkehr, insbesondere auf der Schiene, kann nur realisiert werden, wenn der erforderliche Strom vorhanden und sichergestellt ist. Diese Beispiele sind nicht abschliessend, sondern sollen nur summarisch aufzeigen, dass die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Luzern und somit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger abhängig ist von der Verfügbarkeit elektrischer Energie rund um die Uhr zu vernünftigen Preiskonditionen.

Die Stadt Luzern ist alleinige Eigentümerin der ewl, welche auf Stadtgebiet die Versorgung der Stadt Luzern mit Strom zu gewährleisten hat (vorbehältlich der durch die Marktöffnung sich gebenden Möglichkeit, Strom von anderen Lieferanten zu beziehen und vorbehältlich der Gebiete im neuen Stadtteil Littau im Versorgungssperimeter der CKW). Die ewl steht vor der grossen Herausforderung, diesen Energiebedarf auch mittel- und langfristig sicherzustellen.

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 88 76
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

Die SVP hegt heute leider grosse Zweifel, ob die ewl und deren strategische Führungsebenen (Verwaltungsrat, Stadtrat und Grosser Stadtrat) sich dieser Verantwortung bewusst sind. Träumerische Diskussionen einer völlig unrealistischen 2000-Watt-Gesellschaft (siehe Interpellation 44, Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, vom 30. März 2010: "Utopie 2000-Watt-Gesellschaft – Kommt das grosse Lichterlöschen?", Sitzung Grosser Stadtrat 10 vom 23. September 2010) lassen vergessen, dass der Elektrizitätsbedarf in der Schweiz jährlich ansteigt.

Die SVP möchte nun endlich alle Verantwortlichen zum Handeln bewegen. Es gilt der energiepolitischen Realität ins Auge zu sehen; es kann nicht mehr länger zugewartet werden, um weltfremde Parteiideologien wie den Atomausstieg (40 % Anteil am heutigen CH-Strommix) oder die 2000-Watt-Gesellschaft zu propagieren!

Der Stadtrat wird, in enger Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der ewl, aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, wie der Energiebedarf für die nächsten Generationen sichergestellt werden kann. Als Basis soll dabei die Ausgangslage der 6000-Watt-Gesellschaft angenommen werden. Die SVP erwartet dabei klare Antworten auf die Frage, wie die ewl den für eine 6000-Watt-Gesellschaft erforderlichen Strom beziehen oder selber produzieren kann bzw. welche Massnahmen die ewl vorsieht, um diesen Bedarf abzudecken.

Entsprechend fordert die SVP, die mit der Gesamtplanung zu genehmigende „Eigentümerstrategie für 100%-Beteiligungen“ für die ewl im Sinne obiger Forderung anzupassen.

Selbstverständlich soll es weiterhin durch technische Entwicklung (sparsame Geräte) oder bauliche Massnahmen möglich sein, den Strombedarf zu reduzieren. Selbstverständlich soll durch Appell an die Eigenverantwortung an einen jeden Einzelnen erreicht werden, dass unnötige Verschwendung von Energieressourcen verhindert werden kann. Diese Massnahmen sollen jedoch in der Wirkung realistisch eingeschätzt werden und schon gar nicht in Zwangsmassnahmen und einschränkende Verbote ausarten.

Marcel Lingg
namens der SVP-Fraktion